

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

21.10.1863 (No. 247)

Karlsruher Zeitung.

Mittwoch, 21. Oktober.

N. 247.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkundungsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expeditio: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, wofelbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 20. Oktober.

Durch Allerhöchste Ordres vom 16. d. M. wird dem Oberleutnant Engler vom Feld-Artillerieregiment die unterthänigste nachgesuchte Erlaubniß erteilt, den ihm von Seiner Majestät dem König von Preußen verliehenen Kronen-Orden IV. Klasse annehmen und tragen zu dürfen;
Oberleutnant von Bodmann, Adjutant beim Kommando der 2. Infanteriebrigade, tritt in das Jägerbataillon zurück;
Oberleutnant von Friedeburg, Aufsichtsoffizier beim Kadettenkorps, wird zum Adjutanten beim Kommando der 2. Infanteriebrigade ernannt;
Oberleutnant Sachs vom 4. Infanterieregiment Prinz Wilhelm als Aufsichtsoffizier zum Kadettenkorps befehligt und
Leutnant von Villiez vom Jägerbataillon zum 4. Infanterieregiment Prinz Wilhelm versetzt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramm.

Weimar, 20. Okt. Die „Weimarer Zeitung“ meldet an bevorzugter Stelle, daß demart habe sich bereit erklärt, das Patent vom 30. März zurückzunehmen, wenn die Bundesexekution sistirt würde.

Deutschland.

Frankfurt, 16. Okt. Man schreibt der „N. Preuß. Ztg.“:

Ich bin schon heute im Stande, Ihnen die Analyse der zweiten österreichischen Zirkulardepesche in Sachen der Reformen mitzutheilen. Graf Rechberg hat sie an die Kaiserl. Botschaften bei denjenigen Regierungen gerichtet, welche der ersten Sommatio zu der neuen identischen Notendemonstration gegen Preußen bisher nicht nachgegeben sind. Diese Depesche ist nur zum Vorlesen bestimmt gewesen. Ein Gangung derselben wird auf neue die Nothwendigkeit einer identischen Erklärung nach Berlin hin darzulegen versucht, und die Beschleunigung des Entschlusses dazu gewünscht. Sodann ist ausgeführt, daß die einzelnen Regierungen sehr mit Unrecht in der Form des Schreibens Sr. Maj. des Königs von Preußen an die deutschen Fürsten eine Veranlassung fänden, jede weitere Aeußerung zur Sache von einem vorbereitenden Einverständnis zwischen Preußen und Oesterreich abhängig zu machen. Da dem königlichen Schreiben der Bericht des preussischen Staatsministers an Se. Majestät beigegeben habe, so müsse auch eine gemeinschaftliche Erklärung der in demselben enthaltenen Deduktionen erfolgen. — Es geht mir die positive Nachricht zu, daß auf die zweite österreichische Zirkulardepesche ablehnende Rückäußerungen erfolgt sind.

Hanau, 16. Okt. (Han. Z.) Bei der heutigen zweiten Wahl wurde als Abgeordneter zum Landtag für die Stadt Hanau A. Trauber mit 1057 Stimmen gewählt; 1088 Wähler waren erschienen.

Berlin, 17. Okt. Aus Anlaß des bekannten, auf die Wahlen der Beamten bezüglichen Reskriptes des Ministers des Innern hat, wie der „Publicist“ mittheilt, der Polizeipräsident von Berlin, Hr. v. Bernuth, an die ihm

Die Tällinger Wirthstochter.

(Fortsetzung aus Nr. 245.)

Zwischen dem Wiesengraben und der Kander fällt ein Ausläufer des Schwarzwaldes, der Tällinger Berg, ziemlich steil in's Thal ab; seine unteren Hänge sind mit Reben bepflanzt, die Krone aber deckt ein leichtes Eichen- und Föhrenwäldchen, das Käferholz; am oberen Rand des Hanges liegt das Dorf und die Kirche von Tällingen, letztere erhöht, südlich und westlich aber am Fuße die Dörfer Weil, Haltungen, und oberhalb desselben Dettlingen, dann Vingen; zwischen dieser Höhe und dem Rheine befindet sich ein Hochplateau, das bei Weil beginnt, längs der Wiefe 1700 Fuß weit westlich zieht, dann sich plötzlich nordwestlich wendet, und in einer durchschnittlichen Entfernung von 1600 Fuß vom Rheine bleibt, und zwar bis zum Dorfe Wärt, wo es im Kandergrunde endet. Zwischen diesem Plateau, das jetzt mit Obstbäumen und theilweise mit Reben bewachsen ist, und dem Rheine, dehnt sich ein Wiesengraben hin, der längs des dichtbewachsenen Raines selbst bewaldet ist, dagegen näher dem Rheine und namentlich gegen Wärt hin theilweise sumpfig wird. In diesem Grunde nun liegt das schweizerische Dorf Kleinhünningen hart am Rheine; die Grenze biegt von dort westlich rückwärts und zieht sich längs der Wiefe gegen Wehen. Im Jahre 1702 lag in diesem Grunde noch das Schloß Friedlingen, das mit Mauern und Gräben umgeben war, und weiter gegen Wärt hin standen die Trümmer des im 30jährigen Kriege zerstörten Dorfes Hülbelingen. Auch das Schloß Friedlingen war, zu jener Zeit unter dem Namen Dettikon bekannt, im 30jährigen Kriege zerstört worden; allein das Dorf blieb in Ruinen, in dessen das Schloß von dem Markgrafen Friedrich IV. (Friedrich Wilhelm) nach dem westphälischen Frieden wieder aufgebaut, dann Friedlingen genannt, 1678 von den Franzosen zum zweiten Mal zerstört wurde, um auch zum zweiten Male wieder aufgebaut zu werden.
Die Kaiserlichen hatten nun einerseits eine Linie zusammenhängen-

untergebenen Beamten einen Erlaß gerichtet, worin er die Erwartung ausdrückt, „daß keiner der Beamten seine Obliegenheiten so weit vertennen wird, Männern seine Wahlstimme zu geben, welche regierungseindlichen Bestrebungen huldigen“, auch will er „keinen Zweifel darüber lassen, daß er vorkommenden Falls die Mittel anzuwenden entschlossen sei, welche die Gesetze gegen Beamte an die Hand geben, die sich durch ihr Verhalten der Achtung, des Ansehens oder Vertrauens unwürdig zeigen, welche ihr Beruf erfordert.“ Er erwarte aber nicht nur Dies, daß die Beamten keine regierungseindliche Richtung fördern, sondern auch, daß sie nach besten Kräften thätig dahin wirken werden, daß die nächsten Wahlen auf Männer fallen, welche Se. Maj. den König und die königliche Regierung auf ihren Wegen zu unterstützen bereit sind.

Sollten die Koryphäen der Reaktion, die H. Wagener und v. Blanckenburg, bei den bevorstehenden Wahlen nicht durchgebracht werden können, so werden die H. v. Bonin und v. Denzin, deren Wiederwahl im Stolper Kreise sicher in Aussicht steht, auf ihr Mandat verzichten, um durch eine Nachwahl die H. Wagener und v. Blanckenburg ins Abgeordnetenhaus zu bringen. — Der Eisenbahn-Direktor, Geh. Rath Costenoble, hat dem „Sörliz. Anzeig.“ zufolge die Beamten und Arbeiter der Eisenbahn in Sörliz mit Dienstentlassung bedroht, wenn sie nicht im Sinne der Regierung wählen würden. — Die hier selbst an die Häuser gehefteten Wahleinladungen sind von der Polizei entfernt worden, welche dieses ihr Verfahren mit der Bestimmung des Preßgesetzes motiviren zu können glaubt, daß „Plakate“ nur an den von der Ortsbehörde dazu bestimmten Orten angeheftet werden können. Bei den hiesigen Wählerversammlungen gibt sich übrigens eine seltene Uebereinstimmung kund. Große Reden werden nicht gehalten, man einigt sich sehr rasch über die Wiederwahl der vorigen Wahlmänner. Eine gestrige Wählerversammlung währte kaum eine Viertelstunde. — Zwei Flugblätter: „Die Unabhängigkeit der Richter“ und „Also Verständigung“, sind hier konfisziert worden. — Dem königl. Musikdirektor und Steuerbeamten Liebig ist der Urlaub zur Theilnahme an der heutigen Leipziger Feier verweigert worden.

Berlin, 18. Okt. Unter den 395 Urwahlbezirken Berlins ist wohl kaum einer, in welchem im Lauf der vergangenen Woche nicht eine oder mehrere Wahlversammlungen stattgefunden. Die Betheiligung war im Ganzen eine sehr lebhaft, und fast überall gab sich sofort eine so große Uebereinstimmung kund, im Sinne der Fortschrittspartei zu wählen, daß hierüber kaum eine Diskussion stattfand. Die Konservativen waren im Bewußtsein, daß sie nur eine verschwindende Minorität darstellen, in der Regel gar nicht erschienen und begnügten sich noch ausschließlich als früher mit der privaten Einwirkung auf einzelne Wähler, welche in Berlin stets nur sehr dürftige Erfolge erzielt hat. Das Ergebnis der Wahlversammlungen war fast überall, daß man ohne jede leidenschaftliche Debatte und mit seltener Einmüthigkeit diejenigen Wahlmänner wieder als Kandidaten proklamirte, welche bei den letzten Wahlen mit der Fortschrittspartei gestimmt und daß in dem gleichen Sinne Ergänzungen für die ausgeschiedenen oder für nicht hinreichend entschieden gehaltene Wahlmänner aufgestellt wurden. Es läßt sich daher schon jetzt mit voller Sicherheit das Resultat der Urwahlen für Berlin voraussagen. Besonders dringend wurde in den mei-

sten Urwahlbezirken die Nothwendigkeit einer möglichst allgemeinen Betheiligung hervorgehoben, und die Anwesenden machten es sich zur besondern Pflicht, in diesem Sinne auf ihre Umgebung einzuwirken.

Wie es scheint, sind spezielle Anweisungen ergangen, nach denen der königliche Bescheid unmittelbar vor den Urwahlen allen Landgemeinden bekannt zu machen ist. Was die Form der Ausführung betrifft, so liegt der „Nat.-Ztg.“ folgende, von dem Landrath des Oesterburger Kreises an die Schulzen gerichtete gedruckte Aufforderung vor:

Sie haben sofort, und zwar noch vor dem Wahltage, also vor dem Dienstage, dem 20. d., eine Gemeindeversammlung anzusetzen, und in derselben den vorliegenden allerb. Bescheid Sr. Maj. des Königs an die Gemeinde Steingrund, sowie deren Eingabe vom 3. Okt. laut und deutlich vorzulesen. Zugleich weise ich Sie an, der Gemeinde bekannt zu machen, daß diejenigen, die trotz dieses königlichen Wortes noch in einem dem ausgesprochenen Willen unsers geliebten Königs entgegengesetzten Sinn wählen, d. h. solchen Wahlmännern ihre Stimmen geben, welche die bisherigen Abgeordneten Schulze und Haacke wieder zu wählen beabsichtigen, von mir als königseindliche Männer werden betrachtet werden. Oesterburg, 15. Okt. Der königl. Landrath Graf v. d. Schulenburg.

Der Landrath des Teltower Kreises, Frhr. v. Gayl, der sich durch seine konservativen Gesinnungen auszeichnet, hat, wie der „Publ.“ berichtet, an die Schulzen seines Kreises folgenden seltsamen Befehl erlassen, welcher denselben in einem mit „Königliche Dienstsache“ bezeichneten und mit dem königlichen Kreisiegel versehenen Brief übermacht wurde:

Ich erwarte von Ihnen bestimmt, daß Sie bei der bevorstehenden Wahl als Wahlmann gewählt werden. Denn da Sie der Erste in der Gemeinde sind, werden Sie auch der würdigste Vertreter derselben in politischen Fragen sein. Sie haben hierauf Ihren ganzen Einfluß zu verwenden, und würde ich Sie, wenn Sie dies unterlassen, dafür zur Verantwortung ziehen müssen.

Berlin, 18. Okt. Aus Frankfurt a. M. wird der „N. Preuß. Ztg.“ gemeldet, daß der englische Gesandte, bez. das englische Kabinet, aufs eifrigste bemüht sind, die dänische Angelegenheit beizulegen; doch verläutet noch nichts, daß die dänische Regierung zu Konzessionen bereit sei. Falls dies nicht geschieht — fügt das genannte Blatt bei — kann Deutschland natürlich nicht eingehen auf die englische Vermittlung; sollte sich aber ein Ausweg finden, so wird dieser von allen Seiten gern angenommen werden, denn keine Macht ginge mit Freunden in diesen Krieg.

Se. Maj. der König wird sich am Donnerstag früh nach Magdeburg begeben, um dem dortigen Dombau-Feste beizuwohnen. — Aus zuverlässiger Quelle wird der „Nachn. Ztg.“ mitgetheilt, daß die Entscheidung des Königs, betreffend die Errichtung einer polytechnischen Schule, zu Gunsten der Stadt Aachen ausgefallen ist. — Wie der „Sörl. Anz.“ aus Lauban vernimmt, sind die dortigen Gymnasiallehrer durch das Provinzial-Schulkollegium direkt angewiesen worden, sofort aus dem dortigen Versammlungsverein auszutreten. Derselbe hatte sich bekanntlich zur Aufgabe gesetzt, die gründliche Kenntniß der Verfassung im Volke zu verbreiten. — In der Untersuchungssache wider das hiesige „Komunalblatt“ und dessen Redakteur, Stadtrath Zelle, wegen Veröffentlichung der Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung hat vor einigen Tagen eine gerichtliche Vernehmung stattgefunden und steht daher binnen kurzem die Entscheidung bevor.

den von Kötteln lagernde Reserve sollte noch an diesem Nachmittage über den Berg auf dem nächsten Wege nach Haltungen vordringen, und kaum war Hans in dem Bauernhose angelangt, so erschien daselbst eine Ordonnaß des Erbprinzen Karl Wilhelm von Baden-Durlach, welcher unter Fürstenbergs Befehlen stand, und verlangte von dem alten, dem markgräflich Durlach'schen Hause so ergebenen Reif, daß er ihm einen zuverlässigen Führer schaffen solle.

Ohne sich lange zu bestimmen, rief Reif in den Stall hinaus, wo gerade Hans beschäftigt war:

„He, Hans, komm' einmal herein!“

Dieser erschien sogleich auf den Ruf und nickte dem ihm bekannten Unteroffizier freundlich zu, als er denselben ansichtig wurde.

„Das ist wohl der zuverlässigste Bote, den ich Sr. Liebden zur Verfügung stellen, kann und der Weg und Steg im Gebirge hier am besten kennt.“

„Es soll kein Schaden nicht sein!“ meinte der Ordonnaßunteroffizier, als Reif dem Jünglinge das Begehren des Erbprinzen erklärte. „Die Belohnung ist fürsüßlich!“

„Nach dem Lohne frage ich nicht, Herr Unteroffizier,“ entgegnete Hans; „wenn ich Sr. Liebden nützlich sein kann und mein Dienstherr es gestattet, so gehe ich mit Euch, wohin es auch sei.“

„Brav, mein Bursche,“ sagte Reif. „Unsere Gebieter wissen recht gut, daß das Reif'sche Geschlecht ihnen stets ergeben und dienstbar ist. — Gehe nur, und Ihr,“ sagte er zu dem Unteroffizier, „meldet Sr. Liebden, daß der alte Reif den Boten schickt und für ihn einsteht.“

Dichte Nebelschichten hatten sich über den Berg gelagert, als schon eine Stunde nachher eine Kolonne Reichstruppen den Ort Kötteln verließ und querfeldein über die Wiefen und das Nebgelände hinauf sich in südwestlicher Richtung nach dem östlichen Ende des Köttelholzes wendete und so in kurzer Zeit den Gipfel des Berges erreichte, von welchem aus ein schmaler Pfad fast in gerader Linie nach Haltungen hinab führte.

(Fortsetzung folgt.)

— Die städtischen Deputierten und die von der Stadt eingeladenen Gäste haben Samstag früh ihre Reise nach Leipzig angetreten. Die Veteranen sind im Lauf des Tages gefolgt. Außerdem sind vier Kuntien nach Leipzig geschickt worden, um bei dem großen Festzug thätig zu sein. Letztere haben auch das große Stadtbanner und 15 andere preussische, städtische und deutsche Fahnen mitgenommen, überbringen auch die von einem Verein von Damen, an deren Spitze Frau Stadträtin Dunder steht, gestickte Fahne. — Aus Haus (Regierungsbezirk Münster) wird gemeldet, daß am 13. d. M. Abends diese eingebaute Kreisstadt innerhalb weniger Stunden durch Feuer in einen Schutthaufen verwandelt worden ist.

Wien, 17. Okt. (Köln. Ztg.) Was weiter in der polnischen Sache geschehen werde, soll der Kaiser Napoleon ganz und gar der Entscheidung der großen Staatskörper Frankreichs anheimstellen wollen. Gutem Vernehmen nach sollen derartige Eröffnungen in vertraulicher Weise hier abgegeben worden sein. Hieraus erklärt sich auch, daß Oesterreich seinerseits gleichfalls noch immer nicht genötigt ist, aus seiner abwartenden Haltung hervorzutreten und eine bestimmte, klare Stellung einzunehmen. Trotz Alledem bleibt es aber immerhin merkwürdig genug, daß sich in gouvemementalen Kreisen hier und da fortwährend die Ansicht fest erhält, daß „es wegen Polens zu Nichts kommen werde“ — ein Optimismus, der seine Quelle darin finden dürfte, daß man glaubt, das Schicksal Polens liege in der Hand Oesterreichs und hänge von dessen Ja oder Nein ab. — Wie man hört, soll noch im Lauf der gegenwärtigen Reichsraths-Session der Antrag auf eine Modifikation der Februarverfassung gestellt werden, und zwar von Seiten eines Mitgliedes der so genannten Partei der deutschen Autonomisten. Zu welchem Zweck, ist schwer einzusehen; so lange man keinen Anhaltspunkt hat, daß die eventuelle Modifikation sich auch der ungetheilten Zustimmung der Ungarn erfreuen werde, wäre es reine Zeitverschwendung, an dem Februarpatent zu rütteln, es wäre denn, man modifizire dasselbe ganz im Sinn der zweiten Adresse des ungarischen Landtags von 1861. Hieran ist aber bei der zentralistischen Majorität unseres Abgeordnetenhauses vorläufig gar nicht zu denken. Auch die Ungarn selbst haben bis jetzt, trotz aller gegentheiligen offiziellen Versicherungen, es durchaus noch nicht merken lassen, daß sie von ihren Rechtsanschauungen auch nur um eine Linie abgewichen wären.

Wien, 18. Okt. Der Korrespondent der „Zeff. Postz.“, dessen Mittheilung über die jüngsten Entschlüsse des österreichischen Kabinetts in der polnischen Angelegenheit auch in dieses Blatt übergegangen ist, schreibt:

Meine vorerwähnten Mittheilungen über den am 15. stattgehabten Ministerrat werden heute vollkommen bestätigt. Nichtsdestoweniger erfährt das Resultat jener Beratung in unsern Regierungskreisen eine Auffassung, die keinen Zweifel darüber zuläßt, daß man nicht ernstlich daran glaubt, der Krieg werde das Ende der obliegenden Schritte sein. Man bezichtigt England als diejenige der drei Mächte, deren Verhalten diese Annahme begründe, und will wissen, daß England die Forderung, Oesterreich solle Rußland des Besitzes verlustig erklären, nur in der Voraussetzung gestellt habe, Oesterreich werde auf diese Forderung nicht eingehen. Darauf, daß Oesterreich geneigt sein werde, dieser Anforderung unter einer andern Form annäherungsweise nachzugeben, war man in England nicht gefast. Depeschen, welche heute ein englischer Kurier aus London überbrachte, sollen bis zur Evidenz darthun, daß England in keinem Fall das Schwert aus der Scheide ziehen wolle. Nachdem nun das neueste Stadium der Verhandlungen und zugleich auch ihr letztes Resultat darin besteht, daß die drei Mächte eine etwaige Aktion nur gemeinsam und unternehmen können, keine derselben sich in eine solche aber allein einlassen kann, so wird durch die unzweifelhaften Insinuationen Englands eigentlich jede Aussicht auf eine kriegerische Aktion vernichtet. Hier und in London scheint man hiervon nicht unangenehm berührt zu sein; dagegen dürfte der Eindruck, den diese Wendung in Paris machen wird, sich höchst ungünstig gestalten, und wir glauben schon heute vermuthen zu dürfen, daß sich der Kaiser der Franzosen als von seinen Verbündeten im Stich gelassen betrachten werde.

Graz, 15. Okt. Zu der Besprechung deutscher Abgeordneter bemerkt die „Graz. Tagespost“:

Der vertraulichen Besprechung der steyerischen Landtags-Abgeordneten, welche am vergangenen Sonntag im Musikvereins-Saale stattgefunden, ist am 25. Sept. Unterredung mehrerer Abgeordneter beim Reichsrath Dr. Rehbauer vorangegangen. Dort wurden die Grundzüge des von uns bereits mitgetheilten Programms in der deutschen Frage entworfen und wurde der Beschluß gefaßt, die steyerischen Landtags-Abgeordneten zur Theilnahme an der Versammlung vom 11. aufzufordern. An dieser nahmen fünfzehn Abgeordnete Theil und traten dem am 25. Sept. aufgestellten Programm nach einer geringen Modifizierung desselben bei. Acht andere Mitglieder des steyerischen Landtags haben diesem Programm bereits ihre Zustimmung auf schriftlichem Wege gegeben. In der vertraulichen Besprechung vom 11. wurde zugleich beschloffen, bei einer nächsten Zusammenkunft, welche längstens bis zum 1. Nov. abgehalten wäre, die Detailbestimmungen des bekannten Programms, namentlich in Bezug auf den Modus der Wahl der Abgeordneten für die künftige deutsche Nationalvertretung und deren gesetzgebende Befugnisse, in Beratung zu nehmen.

Frankreich.

Paris, 19. Okt. Der „Moniteur“ veröffentlicht heute ein kaiserl. Dekret, womit Hr. Rouher zum Staatsminister an Stelle des Hrn. Villault ernannt wird. Hr. Rouland ersetzt ihn als Präsidenten des Staatsraths, wo der ehemalige Finanzminister Foreade de la Roquette, Generalprokurator Chair d'Est-Ange und der Bankgouverneur Buitry zu Vizepräsidenten ernannt sind. Diese drei Vizepräsidenten werden beim Senat und dem Gesetzgeb. Körper die im Art. 51 der Verfassung enthaltenen Funktionen ausüben, d. h. sie sind beauftragt, die Regierungsvorlagen vor den Kammern zu verteidigen. Die Börse sprach ihre Zufriedenheit über das Verbleiben Dronyn de Luys und Foulb's, von deren Rücktritt aus Anlaß der Kabinettsmodifikation die Rede war, durch eine Hauffe der Rente um 30 C.

und des Credit Mob. um 6 Fr. aus. Uebrigens verdient hervorgehoben zu werden, daß die neu ernannten drei Vizepräsidenten unter einem andern Namen Minister ohne Portefeuille sind, während sie nicht, wie dies bei Villault, Magne und Baroche der Fall war, Mitglieder des Minister-raths sind, daher vor den Kammern gewissermaßen nur als Regierungskommissäre erscheinen und sprechen werden. — Man glaubt, daß die bevorstehenden Kammerverhandlungen weniger stürmisch sein werden, als im vorigen Jahr, weil die Opposition, ihrer wachsenden Kraft bewußt, mit großer Mäßigkeit zu Werke gehen will. Thiers soll dieser Tage geäußert haben: „Ich werde durchaus nicht systematische Opposition machen; wenn sich aber die Gelegenheit bietet, ihnen eine herbe Wahrheit zu sagen, so werde ich es nicht unterlassen.“

Graf de la Tour d'Auvergne reist morgen nach Rom ab, um dem Papst seine Abberufungsschreiben zu überreichen. Man glaubt, daß der Graf sich in etwa 3 Wochen auf seinen neuen Posten nach London begeben wird. Der König von Griechenland wird erst Donnerstag Morgen nach Toulon abreisen, da am Mittwoch ihm zu Ehren eine Revue der Pariser Garnison stattfinden wird. — Heute hat das feierliche Leichenbegängniß des Marschalls Drnano stattgefunden. — Der Direktor der „Gironde“ von Bordeaux wurde wegen Beleidigung des Präfecten während der Wahlen zu 14 Tagen Gefängniß und 300 Fr. Geldbuße verurtheilt. — Der Kaiser und der König von Griechenland wohnten gestern dem 2. Aufsteigen des Nadar'schen Riesenballons an. Man erfuhr noch nicht, wo dieser Ballon wieder herabstiegt; man weiß nur, daß er gestern Abend 8 Uhr in mäßiger Höhe über die Stadt Beauvais hinflog (22 Stunden von Paris) und Nadar mit dem Sprachrohr herabrief: „Alles wohl an Bord.“ — Von Polen und der polnischen Angelegenheit ist es ganz still geworden. Die „Patrie“ meldet lebhaft, daß die franz. Regierung den in der Rede Russell's ausgesprochenen und nun in eine diplomatische Form gebrachten Ansichten des brit. Kabinetts beiträt. Das „Pays“ fügt an, daß Frankreich abwarte, bis England und Oesterreich sich wegen einer desfallsigen identischen Note verständigten.

Rußland und Polen.

Warschau, 17. Okt. Man schreibt der „Generalkorr.“: Bis jetzt haben die Organe der „Nationalregierung“ bloß die neuerlichen Niederlagen, die Unfähigkeit mehrerer Insurgentenführer, den Mangel an Bravour, ja die theilweise „Feigheit“ der Insurgenten zugestanden. Sie werden, wenn sie in gleichem Maße die Pflicht der Aufrichtigkeit üben wollen, bald in die Lage kommen, oder sie wären eigentlich schon in der Lage, den Widerwillen der meisten für den Aufstand Rekrutirten, die eingetretene Ebbe in dem Zuflusse von Freiwilligen, und den daraus hervorgehenden Mangel an Mannschäften zu belennen. Was auch Parteistimmen dagegen sagen mögen, alle unbefangenen Beobachtenden sind darin einverstanden, daß der bewaffnete Aufstand wesentlich im Erlöschen ist und daß er nur noch in künstlicher und illusorischer Art hingehalten wird, indem man ihm zwar jetzt um so eifriger den Schein des Fortbestehens zu geben sich bemüht. Der Grund, aus welchem die Nationalregierung ihren Führern gegenwärtig die Anhäufung zahlreicherer Mannschaften untersagt und ihnen den Partisanenkrieg mittelst kleiner Korps anbefiehlt, ist durchaus nicht in der Abneigung vor dem großen Kriege, in welchen das Komitee vielmehr verliert ist, als einfach darin zu suchen, daß sich größere Korps nicht mehr aufbringen lassen. Das ist eine Thatsache, welche feststeht und durch Ablängung und Bemäntelung nicht mehr geändert werden kann. Dem Vernehmen nach ist man auch in Paris und London an maßgebender Stelle von diesem wirklichen Stand der Dinge hinlänglich unterrichtet.

Der Warschauer amtliche „Dziennik“ wiederholt die schon im Juli kundgemachte Warnung vor den Beiträgen, welche durch die revolutionäre Regierung unter dem Titel von Steuern für die nationale Sache, namentlich von den reicheren Bürgern Warschaws eingehoben werden. „Jetzt mache diese unterirdische Agitation neuerdings Versuche, die Bewohner nicht bloß zu einer Zwangssteuer, sondern zu einer neuen freiwilligen Abgabe für nationale Zwecke zu verhalten. Man appellirt daher an den gefunden Verstand des Publikums, in der Hoffnung, daß diese verbrecherischen Aufforderungen fruchtlos bleiben werden. Für alle Fälle wird jedoch erinnert, daß die geringste Theilnahme an solchen Erzeugnissen der anarchischen Gewalt mit der vollen Strenge der Kriegsgesetze bestraft werden wird.“

Baden.

Karlsruhe, 20. Okt. Heute ist durch die Gnade Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs vier alten braven Dienern eine wohlverdiente Anerkennung zu Theil geworden. Der Präsident des großh. Finanzministeriums hat mit einer kurzen herzlichen Ansprache den Kanzleidienern Baumberger und Nonno bei dem Finanzministerium, Gartenstein bei der Hof-Domänenkammer, und Lezmann bei der Amortisationskassa die kleine goldene Verdienstmedaille überreicht, welche ihnen von dem Landesfürsten für mehr als 50jährige treue und gute Dienste gnädigst verliehen worden ist. Einer von diesen Veteranen hat in den Schlachten von Lützen, Saugen und Leipzig mitgekämpft, und alle haben die Feldzüge gegen Frankreich in den Jahren 1814 und 1815 mitgemacht.

Freiburg, 19. Okt. Die gestrige Feier hat eine sehr ausgebreitete Theilnahme gefunden und war durchaus gelungen. An dem Zuge mögen 3000 Personen Theil genommen haben, unter ihnen die Vertreter der Geistlichkeit, die Professoren und Studirenden der Universität, die Schützen, das ehemalige Bürgermilite mit der von den Geflechten bei Lützen und Wagram her berühmten alten Fahne u. s. w. Die Festrede hielt Professor v. Treitschke, und Abends beim Banket sprachen Bürgermeister Zauler, Hofgerichts-Rath v. Gyllern, Prof. Büchner, Kooperator Jäger (Dizejanpräses der badischen Gesellenvereine), Anwalt Fehrenbach, die Studirenden Amann und Bürklin u. A.

K. Donauerschiffen, 19. Okt. Vor kurzer Zeit brachte die

„Frankfurter Postzeitung“ einen Artikel über einen angeblichen „Vorgang in der badischen Kammer“, der sogleich in die gesinnungsverwandte Augsburger „Allgemeine“ und den „Bad. Beobachter“ überging und folgendes zum Inhalt hatte: Es habe der großdeutsche gestimmte frühere badische Abg. Schmidt in der Budgetkommission wegen der ohne Zustimmung der Stände vorgenommenen Errichtung eines 5. Infanterieregiments einen Antrag auf Verwahrung zu Protokoll eingebracht, der auch von der Kommission angenommen worden sei. Am andern Tage aber habe der Vorstand der Kommission aus Rücksicht für die Stellung Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs als „Kriegsherr“ die Zurücknahme dieses Beschlusses durchgesetzt. Der Abg. Schmidt habe sodann aus Unwille über dieses die Rechte der Stände bloßgebende Verfahren sein Mandat niedergelegt.

Diese ganze Erzählung ist jedoch vollständig unwahr und sogar unmöglich, und wir hätten schon längst eine Berichtigung dieser übelwollenden Erkundung folgen lassen, wenn wir nicht vorher die andern Mitglieder der Budgetkommission hätten fragen wollen, ob sie sich vielleicht wenigstens an einen ähnlichen Vorgang bei dieser veralteten, schon vor beinahe zwei Jahren stattgehabten Kommissionsberatung erinnerten. Nicht ein Einziger konnte sich eines solchen Faktums entsinnen. Es ist auch ganz natürlich, da ja der Kammer nur die Rechnungsanschuldigungen von 1858/59 zur Prüfung vorlagen, welche schon deshalb nichts von der fraglichen Bildung eines 5. Regiments enthalten konnten, weil diese erst in der darauf folgenden Periode stattfand und also erst ein Objekt der Prüfung für den nächsten Landtag sein kann.

Ein weiterer Gegenbeweis liegt darin, daß der Abg. Schmidt erst im Herbst, also 1/2 Jahre nach der Zeit dieses rein erfundenen Faktums und zwar nur aus Gesundheitsrückichten aus der Kammer ausgetreten ist, wie er dem ihm persönlich befreundeten Vorstand der Kommission selber mittheilte. Ueberdies ist der sehr ehrenwerthe Abgeordnete nicht der Mann, dem es an Muth oder Redfertigkeit gebrach, irgend eine Sache, die in der Kommission nicht den von ihm gewünschten Erfolg nahm, in der Kammer selbst sogar mit zäher Festigkeit zu verteidigen. In der öffentlichen Verhandlung wurde aber kein Wort darüber gesprochen. Die Frage über die Bildung dieses 5. Regiments kam allerdings später bei der Beratung des Budgets in der Kommission zur Sprache. Da aber die Regierung nicht nur nicht mehr, sondern sogar 4210 fl. weniger für die betreffende Position forderte, indem sie anderweitige Ersparnisse eintraten ließ, und da sie ebenso wieder eine höhere Zahl, noch eine höhere Dienstzeit der Mannschaft verlangte, so nahm sowohl die Budgetkommission als die Kammer keinen Anstand, ihre Zustimmung zu geben, und auch bei diesem Anlaß hat sich keine einzige oppositionelle Stimme in der Kammerverhandlung hören lassen. Es bleibt daher unbegreiflich, aus welchen Gründen eine solche böswillige Erkundung gemacht und verbreitet wurde. Nur die der Majorität der Kammer feindselige politische Stellung derjenigen Blätter, welche diesen gänzlich unrichtigen Artikel aufnahmen, gibt einigermaßen eine Erklärung.

Konstanz, 19. Okt. Die gestrige Festfeier entwickelte sich nach dem schon mitgetheilten Programme. Die Theilnehmung beim Kirchgang, sowie beim Banket war eine sehr lebendige; Hr. Prof. Fröhle hielt bei letzterem die Festrede, andere Sprecher folgten ihm. Die Veteranen, etwa 20 an der Zahl, darunter die Marktenten, wurden mit festlichem Wahle bewirthet und zugleich durch eine Sammlung unter der den ganzen Conciliumsjahr anfüllenden Gesellschaft bedacht.

Bermischte Nachrichten.

Stuttgart, 20. Okt. Die württembergischen Blätter sind voll von Nachrichten über die Feier des 18. Octobers, die allenthalben im Lande begangen worden ist, und, wie es scheint, so schwungvoll, wie nur irgendwo in Deutschland. Auf etwa 200 Höhen loderten Freudenfeuer empor. Das Detail der Festlichkeiten zu schildern, bei denen es nicht an kräftigen patriotischen Reden fehlte, würde zu weit führen.

Mainz, 17. Okt. (M. A.) In der gefrigen Straffung des großh. Bezirksgerichts Mainz wurden Johannes Konge zu einer Korrekthausstrafe von einem Jahre und einer Geldbuße von 250 fl., und Friedrich Ducat zu einer Korrekthausstrafe von 18 Monaten und einer Geldbuße von 150 fl. verurtheilt. Im Fall der Unbeibringlichkeit sollen beide Geldstrafen durch 250, resp. 150 Tage Gefängniß abgelöst werden.

Am 27. I. M. findet in Frankfurt eine Versammlung von Redaktionen großdeutscher Zeitungen aller Fraktionen statt, um eine Verabredung über verschiedene, der Generalversammlung zu unterbreitende Anträge in Fragen der Presse zu erzielen.

Leipzig, 16. Okt. Ueber die Verhandlungen der allgemeinen Versammlung des Nationalvereins entnehmen wir einem Bericht der „Ztg. f. Nord.“ zunächst noch Folgendes:

Zunächst begrüßte v. Bennigsen die Versammlung im Namen des Ausschusses, der erfreut ist, seinem Rufe so zahlreich und namentlich durch Sendung von Abgeordneten der Mitglieder einzelner Städte gefolgt zu sehen. Die Abgeordneten würden sich nicht abhalten lassen, wenn auch abweichende Beschlüsse in ihren Kreisen gefaßt worden, zur Einmüthigkeit der hier zu fassenden Beschlüsse mitzuwirken. Einmüthigkeit sei unsere einzige Macht. An die Leipziger Schlichte anknüpfend, weist Redner darauf hin, daß die Einmüthigkeit in Deutschland damals nicht gewonnen worden. Davon zeuge in diesen Tagen das Aufsteigen der Feinde gegen Preußen mit der Reformate. Davon zeuge auch der Zwiespalt zwischen Volk und Regierung in Preußen, welche mit fast selbstmörderischer Beschränktheit sich gegen das Volk stemme. Freiheit und staatliche Einheit zu erkämpfen sei die Aufgabe des deutschen Volks, und es werde das Ziel erreichen, wenn es der Freiheit und Einheit würdig ist.

Nach Konstituierung des Bureau's: Präsident v. Bennigsen, Vizepräsidenten Streit und Fries, Schriftführer Dr. Blum aus Heidelberg und Dr. Bachsmuth aus Leipzig, wird die Tagesordnung festgestellt, nämlich: 1) Geschäftsbericht und Wahl einer Revisionskommission; 2) Politischer Bericht und Anträge über die deutsche Frage; 3) Wahl des geschäftsleitenden Ausschusses pro 1863/64.

Den Geschäftsbericht erläuterte der Geschäftsführer Streit. Die einzelnen Positionen sind dieselben, wie in den Vorjahren. Einnahmen und Ausgaben haben 55,807 fl. 27 fr. betragen, wobei ein Kassenbestand von 5769 fl. 31 fr. verbleibt; der Vermögensbestand des Vereins ist zu 36,950 fl. 19 fr. berechn. Das Verzeichniß der Mitglieder zeigt die Ziffer von 23,539. — Für Schleswig-Holstein sind 2845 fl. 6 fr. eingegangen und 2431 fl. 53 fr. verausgabt. Der Kassenbestand für die deutsche Flotte ist mit 109,177 fl. 15 fr. ver-

zeichnet. — Der Geschäftsführer macht darauf aufmerksam, daß die Ziffern des Geschäftsberichts nicht im Verhältnis stehen mit der Größe und Schwierigkeit der Aufgabe des Vereins. Er fordert dazu auf, daß jeder seine Schuldigkeit thue. — Der Geschäftsbericht wird einer Prüfungskommission von drei Personen überwiesen.

Miquel erstattet im Namen des Ausschusses den politischen Bericht. Stetiges Erstarren der nationalen Partei, wie die Wahlen zu den Landtagen durch die Majoritäten der Fortschrittspartei beweisen. Ebenso der Aufschwung des nationalen Lebens auf den Gebieten materieller und ideeller Thätigkeit. Der Beschluß der früheren Generalversammlung über die Reichsreform hat wesentlich zur Kräftigung des Vereins gedient. Dann wird die Agitation des deutschen Reformvereins charakterisirt: das Volk folge demselben keineswegs. Die auswärtigen Verhältnisse Deutschlands werden in scharfen, kurzen Zügen geschildert. Für Polen wird gegen die russischen Grausamkeiten ein entschiedenes verdamnendes Urtheil gesprochen. Die schleswig-holsteinische Sache wird eingehender besprochen. Die inneren Zustände sind seit der letzten Versammlung nicht erfreulicher geworden. Preußen wird als erstes Zeugniß dafür angeführt. Von dem Umschwung dort hängt die Durchführung der reformatorischen Bewegung in Deutschland ab. Eingehender wird der Handelsvertrag mit Frankreich behandelt, gegen den die Regierungen sich nur sträuben aus Furcht vor dem Uebergewicht Preußens. Die Reformate wird als Verbesserung des alten Bundes dargestellt und die Thätigkeit des Fürstentages für dieselbe charakterisirt. — Der ganze Bericht macht in seiner lebhaften Zusammenfassung aller wesentlichsten Momente des deutschen politischen und Volkslebens einen bedeutenden Eindruck, der sich in lauter allgemeiner Zustimmung kund gibt.

Zur deutschen Frage übergehend, verlas der Präsident den Antrag des Ausschusses. Miquel übernimmt die Vertretung des Antrags: Wir stehen jetzt anders, als vor einem Jahr, wo uns gegenüber nur die Warnung der Gegner stand. Jetzt ist dem Volkprogramm der Reichsreform das Fürstentagprogramm der Reformate entgegengesetzt. Redner kritisiert das Programm. Dies wolle nicht den Bundesstaat, sondern nur den Staatenbund reformiren. Die Fürsten erkennen kein deutsches Volk an: das sei der Kern der Sache. Wir wollen für die deutsche Nation einen neuen Staat gründen; die übrigen Parteien und ihre Programme wollen die Einzelstaaten in dem Organe des Bundes erhalten und wirksam sehen. Die Reformate läugne unsere Bestrebungen fort und stehe durchaus auf den Grundstufen des Wiener Kongresses. Darum sei die Reformate verwerflich, und man dürfe sie nicht nur verwerfen, sondern müsse sie bekämpfen. Der Redner prüft die Aste aus den Gesichtspunkten der freihellen und einheitslichen Entwicklung Deutschlands und weist nach, daß für die einheitsliche Kräftigung durch Annahme der Reformate nichts gewonnen würde, da das Direktorium den tatsächlichen Dualismus zwischen Oesterreich und Preußen nicht aufheben könne. Dazu werde die partikularistische Macht durch eine Bevorzugung der vier Königreiche gefördert, und diese seien der eigentliche Kern des Partikularismus. Auch Oesterreichs Bevorzugung im Direktorium sucht Redner als gefährlich nachzuweisen, indem er ausführt, daß Oesterreich stets nur Deutschland auszunutzen suchte. Dagegen stellt er Preußen als den neuen jugendlich aufstrebenden Staat dar, wo das Volk den Kampf aufgenommen und den „Stier bei den Hörnern“ gefaßt habe, und es werde den Kampf ohne Zweifel glücklich zu Ende führen, während es sehr zweifelhaft sei, was aus dem österreichischen Konstitutionalismus werde, wenn derselbe zur ernstlichen Prüfung käme. — Von der Delegirtenversammlung entwickelt Redner, daß ihre Beschlüsse sehr eng gezogen seien und doch noch zu weit ausgebeugt werden können zum Nachtheil aller Volksfreiheit. Redner faßt alle Momente der Reformate für die einheitsliche Entwicklung zusammen und findet, daß dieselben durchaus nicht stärker seien, als die jetzige Bundesverfassung auch bietet. Für die freihellen Entwicklung der Nation sei in der Reformate nicht einmal der Schein gewahrt; man habe es nicht einmal für nöthig gehalten, dem Volke Sand in die Augen zu streuen. Von Grundrechten des Volkes sei kein Wort in der Aste enthalten. Aber die Steigerung der Macht des Direktoriums bilde eine ernste Gefahr für die Volksfreiheit. Von dem Bundesgericht glaubt der Redner, daß dasselbe durchaus keine Gewähr gegen Eingriffe in die Volksrechte biete. Er sucht sowohl aus der Kompetenz wie aus der Zusammensetzung des Gerichts nachzuweisen, daß es keinen Schutz des Volkes bilden könnte. Schließlich erklärt der Redner die Reformate für einen Rückschritt. Den Bericht des preussischen Ministeriums anerkennt der Redner als eine zutreffende, wenn auch nicht umfassende Kritik der Reformate; aber das Ministerium Bismarck könne überhaupt keine deutsche liberale Reform wollen. Aus der Beurtheilung der Reformate und des preussischen Ministeriums schließt der Redner, daß der Nationalverein bei seinem Programm und der Reichsreform verharren müsse. Aber der Verein habe nicht jeden Uebergangsschritt in der Verfassung zurückzuweisen, wenn auch jedes künftige deutsche Parlament mit den Fürsten nur verhandeln könne auf Grund der Reichsreform. Er erwartete schließlich den Sieg über die Gegner, von denen wir würden sagen können:

„Mit Noß und Mann und Wagen
hat sie der Herr geschlagen.“

Es wird eine Reihe von Anträgen vorgelesen.

Redner geht zu den Amendements gegen die Worte über: „Sie verwerft kein Mittel“ — indem er darauf hinweist, daß nur konstitutionelle Mittel gemeint sein können.

Leipzig, 17. Okt. (Generalversammlung des Nationalvereins.) Die Verhandlung über die deutsche Frage, begleitet von zwei gleichzeitigen Nebendebatten, füllte gestern den Tag so vollständig aus, daß ein angekündigter Vortrag von Schulze-Delitzsch über die Beziehungen der heutigen deutschen Nationalpartei zu der Schlacht bei Leipzig im Jahr 1813 zum Bedauern Aller nicht mehr gehalten werden konnte. Man saß zunächst von 10 $\frac{1}{2}$ bis 2, und dann wieder von 4 bis gegen 7 Uhr. Wir entnehmen einem Bericht der „Südd. Ztg.“ einige Hauptmomente.

Der Antrag des Ausschusses fand in der Hauptsache keine Gegner; ein förmlicher Gegenantrag wagte sich nicht hervor. Insbesondere blieb zum allgemeinen Erkennen der Frankfurter Antrag, der „preussischen Spitze“ feierlich abzuschreiben und die Selbstausgliederung Oesterreichs aus dem künftigen deutschen Bundesstaate auch nicht einmal als eine vorübergehende Möglichkeit zuzulassen, gänzlich ungeschicklich. Das Einzige, was in dieser Richtung geschah, war eine Rede G. Fein's aus Diefenhofen in der Schweiz, der sich über jene beiden „süddeutschen Bedenken“ gegen den Nationalverein weitläufig verbreitete und insbesondere auch den Stillstand in der Mitgliederzahl aus ihnen ableiten wollte, ja förmliche Beschränkung des Nationalvereins auf Nord- und Mitteldeutschland befürwortete, — ohne jedoch einen förmlichen Antrag,

wie er eingeleitet, zu wagen. Ihm traten drei Ausschußmitglieder theils ausdrücklich, theils gelegentlich entgegen. Brater theilte vor Allem mit, daß hervorragende süddeutsche Vereinsgenossen nur durch Krankheit oder andere Zufälligkeiten abgehalten seien, zu erscheinen, und daß ihm so eben noch, leider zu spät für thatsächliche Berücksichtigung, ein Vorschlag der Stuttgarter Mitglieder für den Ausschußantrag zugegangen sei. Fein's Beschränkungen bezeichnete er als übertrieben, den etwaigen Zuwachs von Großdeutschen bei einer vorzeitigen Programmänderung als sehr zweifelhaften Werthes. Er setzte dann weiter auseinander, daß zwar kein Mensch von gesundem Sinn eine Uebertragung der Zentralgewalt an das gegenwärtige Preußen nur eine Minute lang für thunlich halten werde, daß aber darum noch keineswegs jene thatsächlichen Voraussetzungen verschwinden seien, von denen sich der Verein im Jahr 1860 bei der Aufstellung des damaligen Programms habe leiten lassen. Diese Voraussetzungen könnten sich ändern; allein das müsse eben abgewartet werden, bevor man der Nation ein neues Ziel aufstede. M e z wiederholte den so oft geführten und doch immer von neuem herausgeforderten Nachweis, daß das Programm des Nationalvereins die preussische Spitze nicht stipulire, sondern vermöge der bekannten Lage in der Reichsreform der Mehrheit der Nation, d. h. ihrer Repräsentation, vorbehalte, welcher Mehrheit die Führer des preussischen Volks, wie Schulze-Delitzsch, v. Unruh und v. Govebeck, längst öffentlich erklärt hätten, sich unterwerfen zu wollen, wogegen noch kein österreichischer Politiker von Bedeutung und Einfluß zu derselben Erklärung habe vermocht werden können, auch bei der neuesten Besprechung während des Juristenkongresses in Mainz nicht. Schulze-Delitzsch entlich protestirte in lebhaften Tönen gegen einen Antrag, wie er von Fein angedeutet, aber nicht gestellt worden war, indem er, darin im Einverständnis mit M e z' Nachweis, eine Ausschließung des preussischen Volks, und dieses allein, von der „Kaiserwahl“ finden wollte. Er bestätigte ein früher gefallenes Wort des Dr. Falkson aus Königsberg: auch im politischen Leben gelte das volkswirtschaftliche Gesetz von Arbeit und Lohn, Leistung und Gegenleistung; das preussische Volk, der preussische Staat werde an Deutschlands Spitze gestellt werden, wenn sie sich dessen würdig bewiesen. Besonders bestimmt wies Schulze die Auffassung zurück, als sei die Oberhauptstadt eine dynastische Frage. Dies war in der Nachmittags Sitzung. Am Morgen hatte er schon, sich an Miquel anschließend, aus der Natur des österreichischen Staats Beneidie hergenommen, weshalb mit Recht auf Preußen und nicht auf Oesterreich die Hoffnungen des größten Theils der Nation gerichtet seien. Gerade der preussische Verfassungsschritt sei dafür ein neuer Beleg, denn in Oesterreich würde die Verfassung vom Volke und dessen Vertretern noch gar nicht ernstlich genommen. Wozu es in Preußen einer Proklamation bedürfte, gegen die sich das öffentliche Rechtsbewußtsein laut empöre, Das oder Ähnliches geschehe in Oesterreich täglich ohne allen Widerstand der Bevölkerung. Soviel, was den österreichischen Liberalismus betreffe. Das es Oesterreich unmöglich sei, auf die nationale Bewegung Deutschlands einzugehen, ergebe sich schon aus der rein dynamischen Anlage dieses Reichs, mit der es in der ganzen Welt allein stehe. Solche Aeußerungen, wie auch verwandte von Miquel, gaben Brater später Gelegenheit, bösen Schein abzuweisen, indem er zu sorgfamer Unterbindung zwischen der österreichischen Staats- und Hauspolitik und dem österreichischen Volke rief, da man mit dem letzten alle wirklich gemeinsamen Interessen um so eifriger pflegen müsse, je weniger man es für wahrscheinlich halte, auch die denkbar engste politische Gemeinschaft mit ihm eingehen zu können.

Eine stärkere Meinungsverschiedenheit trat bei dem dritten Satz des Ausschußantrags hervor, in welchem ausgesprochen werden sollte, daß keine wirkliche Uebergangsstufe zu dem immer festzuhaltenden letzten Ziel der Reichsreform oder des Bundesstaats zu verschmähen sei. Zunächst sand J. Benedy — der einen vollständigen eigenen Antrag eingebracht hatte, der neben dem Ausschußantrage sollte bestehen können, aber doch mit demselben einigermassen kollidirte, und bei der Abstimmung nur zwei Stimmen erhielt, so daß er füglich übergegangen werden kann, wenn bemerkt worden ist, daß die Spitze desselben sich vornehmlich gegen den angelich betriebenen österreichisch-mittelstaatlichen Sonderbund richtete — Benedy fand, daß man zu den „Mitteln“, welche man nicht verwerfen wolle, so etwas wie „ehrenhaftes“ oder „geheiligtes“ hinzusetzen müsse. A. Streckfuß aus Berlin und Professor E. C. A. aus Karlsruhe vereinigten sich zu dem Antrage, den Satz ganz zu streichen. Es schien anfänglich, sie wollten nur den Gedanken an revolutionäre Mittel möglichst entschieden verbannen. Bald ergab sich aber, daß es ihnen jedenfalls mehr, vielleicht ausschließlich darum zu thun war, das Verprechen, auf Uebergangsstufen einzugehen, in Wegfall zu bringen. Einer der Antragsteller meinte, es ziemte dem Nationalverein wohl, neben der gemäßigten „Rechten“ des Abgeordnetentags die resolute „Linke“ zu bilden. Am stärksten in derselben Richtung trat der Geschäftsführer Streit auf. Ihn schien ein Antrag der Bremer Mitglieder herausgefordert zu haben, der insofern über den Ausschußantrag hinausging, als er die preussischen Gegenwortsätze nicht so „oberflächlich“ — so drückte sich der Antragsteller Dr. A. G. Ordnung auf der Tribüne aus — wie gar nicht ernstlich gemeint abgeben wissen wollte. Dr. M. A. aus Hamburg fand in dem von Streckfuß und Eckardt angebotenen Satz das unkluge Anerbieten eines Gläubigers, mit 50 Prozent vorlieb nehmen zu wollen, wenn er hundert haben kann. In die entgegengelegte Schale der Waage warf Brater die Aufforderung, sich einmal recht lebhaft zu vergewissern, ob man wirklich glaube Nein sagen und nicht wählen zu können, wenn ein deutsches Parlament geboten werden sollte, wäre es auch neben einem Direktorium oder dem alten Bundesstaate? Der Ausschuß eignete sich dann zwar den Streckfuß-Eckardt'schen Antrag an, aber nicht ohne daß Miquel in seinem Namen erklärte, es geschehe wesentlich der erfahrenen Mitgliederhänfte halber, und der wahre Sinn des Satzes werde damit nicht aufgegeben.

Anträge von Professor Bieder mann und Anders, welche mehr oder weniger bloß die Fassung des Ausschußantrags betrafen, scheiterten meist schon an der Unterstufungsfrage. Nur ein Antrag von Dr. Unger aus Göttingen wurde vom Ausschuß als zweckmäßig anerkannt und nachher auch angenommen, nach welchem es statt der „partikularistischen Stellung Oesterreichs und der Mittelstaaten“ heißen soll: „den politischen Einfluß Oesterreichs und die partikularistische Stellung der Königreiche.“

Verworfen wurden dagegen alle Anträge, welche sich auf die Vereinsfinanzen bezogen: die von Biber aus Frankfurt a. M., Selbstbesteuerung nach drei Klassen einzuführen und die Flottengelder anderweitig zu verwenden; der von Leiste und Genossen aus Braunschweig, einen deutschen Nationalfond zu gründen. Fries, der diese Anträge bekämpfte, wies darauf hin, daß man sich nur im Vereinsbeitrag recht freigebig selbstbesteuern solle.

Nachdem so die Tagesordnung erschöpft war, schloß v. Bennigsen die Versammlung mit kurzen ermutigenden Worten, indem er dem deutschen Parlament ein dreimaliges Hoch ausbrachte, worauf die Versammlung, von Dr. Falkson aufgefordert, ihren Präsidenten ebenfalls mit einem dreifachen Hoch auszeichnete.

Die Wahl in den Ausschuß ist auf v. Bennigsen mit 449, Streit mit 446, Schulze-Delitzsch mit 445, M e z mit 443, Fries mit 431, A. Seeger mit 428, S. Müller mit 414, v. Unruh mit 330, Brater mit 286, Grämer mit 264, v. Nothmann mit 253, und Miquel mit 244 Stimmen gefallen. Koopirt haben jene Zwölf dann Getto, Kühning, Franz Dunder, Heyner, Deiser, Lang, Labenburg, Graf L. Reventlow, Bering und Götze. Die sechste Mitgliederliste geht bis zu der Ziffer 821, — eine das gewohnte Maß weit übersteigende Zahl.

Leipzig, 18. Okt. (Fr. Z.) Bei schönem Wetter hat die Jubelfeier der Völkerschlacht heute ihren feierlichen Anfang genommen. Heute früh Bedruff durch die Turnertrommler, sowie die Signalisten und Musikchöre; Dank-Gottesdienst in den Kirchen. In aller Fröhe fand auch die Enthüllung des gänzlich restaurirten sogenannten Kugelbrennens zum Andenken an den 19. Okt. 1813 statt (errichtet in seiner ersten Gestalt schon 1845, neuer neu hergestell und geschmackvoll ornamentirt auf Kosten des wackeren Patrioten und Kunstfreundes Stadtrath Lampe, Besitzer des anliegenden großen Villa- und Gartengrundstückes, die „Milchinsel“ genannt, welcher Platz bei der Errichtung der Stadt Zeuge des allererbittertesten und heftigsten Kampfes war). Die Stadt glänzt von zahllosen schwarz-roth-goldenen Fahnen, Standarten und Flaggen. Auch die königl. Amtsgebäude sind damit geschmückt. Vom Pallaste des Königs wehen drei große schwarz-roth-gelbe Fahnen. Die sächsischen Farben sind fast gar nicht vertreten. Auf allen Straßen sieht man ehrwürdige Veteranen, zum Theil reich decorirt mit Orden und Medaillen. Viele derselben sind äußerst hinfällig und haben sich nur eben, wie es scheint, noch aufgerafft, um an der Stätte ihrer großen Siege noch einmal die große Zeit im Geiste durchzuleben.

Das Fest auf der Wöckerschen Platz hat trotz des regnerischen Wetters stattgefunden, die Rede von Rodrich Benedy hat einen ungeheuren Enthusiasmus entzündet.

Leipzig, 18. Okt. (Fr. Z.) Die Jubelfeier hat einen schönen Verlauf genommen. Das Wetter hat dieselbe bis in die späten Abendstunden begünstigt; die Stimmung ist daher auf dem mit langsam auf und ab flutendem Publikum gedrängt erfüllten Straßen eine festlich erhöhte. Mittags wurde auf dem Marktplatz das Ledebum von Karl Reinecke aufgeführt, wozu sämtliche Männer-Gesangvereine Leipzigs und eine Anzahl Sängere aus Berlin und Dresden unter Leitung des Tonsetzers mitwirkten, zusammen weit über 1000 Sängere. Die Wirkung war, trotz der trefflichen Aufstellung der Sängere auf einer großen, die ganze eine Hälfte des Marktplatzes einnehmenden, schön decorirten Bühne, wegen der Akustik dieses Platzes keine eben ausgezeichnete. Die erste musikalische Feier enthielt ferner Händel's Hallelujah, ausgeführt von sämtlichen Herren- und Damen-Gesangvereinen Leipzigs, Arndt und Nagel's Lobgesang (1813/1814), von welchem drei Verse gesungen wurden, und den allgemeiner Gesang des Chorals: „Nun danket Alle Gott!“ Zwei Stunden darauf folgten dann Aufführungen weltlicher, patriotischer Lieder. Der Rest des Tages wurde durch besondere, nur für die engere Festgeber und Gäste bestimmte Konzerte im Gewandhause und in der Centralhalle ausgefüllt. In diesem Augenblicke findet auch eine Festvorstellung im Theater statt: „Die Hermannschlacht“; Schauspiel von H. v. Kleist, Prolog von A. Tröger. — So eben ziehen die verschiedenen größeren und kleineren Abtheilungen der Teilnehmer an dem in einer Stunde sich in Bewegung setzenden Fackelzug an ihre Stationsplätze mit Trommelschall oder mit klingendem Spiele auf. Die erste Abtheilung trägt Windlichter. Es sind die Künstler, Buchhändler, jungen Kaufleute, Drucker u. s. w., zusammen sieben verschiedene Berufsclassen. Die nächste Section zieht mit Lampen auf. Es sind die Männer-Gesangvereine, die Flagwitzer Turner und die Turner des Leipziger Schlachtfeldes und andere Vereine, zusammen zehn Unterabtheilungen. In letzter Linie kommen die Rüge der Studenten, der Rettungskompagnie, der Turner und der Turner-Feuerwehr. Schon töhete sich der Himmel von den zahlreichen Oktoberfestern, welche rings um Leipzig angezündet werden.

Hannover, 18. Okt. Die allgemeine Besprechung des Synodakentwurfs wurde in der letzten Sitzung geschlossen. Einige der geistlichen Redner verwechselten so sehr die Rednertribüne mit der Kanzel, daß der Präsident sie ermahnen mußte, bei der Sache zu bleiben. Dr. Kliffen warf kritische Schlaglichter auf die komischen Auslassungen des bekannten Pastors Wülfel. Pastor Pfaff verteidigte in einer vorzüglichen Rede die Gemeinden gegen die landläufige Wendung, daß dieselben für eine freiere Kirche nicht reif seien. Wäre diese Anlage gegründet, so könne das Christenthum nichts Besseres thun, als sein Erziehungsgeschäft aufgeben. Denn wenn es sie in mehr als 1800 Jahren nicht erzogen und nicht reif gemacht habe, so sei es überhaupt nicht möglich. Die Geistlichen trügen die Schuld, wenn ganze Gemeinden, oder auch nur einzelne Glieder derselben dem Christenthum entfremdet worden; denn eine solche Erscheinung sei überhaupt nur da zu finden, wo die Geistlichen kein Herz für's Volk hätten. In den Gemeinden finde man den meisten Streit, wo hierarchische Geistliche an der Spitze stünden. Je freier die Kirchenverwaltung, desto mehr würden die Gemeinden herangezogen und der rechte Sinn in ihnen belebt und geweckt.

Oberkirch, 20. Okt. (Herbstbericht.) Geiern wurden in den Reben des Hrn. Karl Kappler von hier rotze Trauben geherbhet, deren Most 95 Grad wog.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 22. Okt. 4. Quartal. 109. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male wiederholt: **Die Hermannschlacht**; Schauspiel in 5 Akten, von H. v. Kleist.
Freitag 23. Okt. 4. Quartal. 110. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male wiederholt: **La Réole**; Oper in 3 Akten, von Gustav Schmidt.
Sonntag 25. Okt. 4. Quartal. 111. Abonnementsvorstellung. **Der fliegende Holländer**; Oper in 3 Akten, von Richard Wagner.

Theater in Baden.

Mittwoch 21. Okt. **Maria Stuart**; Trauerspiel in 5 Akten, von Schiller.

